

Sitzungsvorlage Nr. 334/2019

Verkehrsausschuss

am 22.05.2019



Verband Region
Stuttgart

03.05.2019 - VA-33419.docx

487 - VA-Ö - 334/2019

zur Beschlussfassung

- Öffentliche Sitzung -

Zu Tagesordnungspunkt 6

Transparenz über S-Bahn-Chaos durch Stuttgart 21

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2019

I. Sachvortrag

Antragsinhalt

Die Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag, dass die Deutsche Bahn (DB) im Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart ausführlich über die erwartete zeitliche Dauer der wesentlichen bis zur Fertigstellung des Projekts Stuttgart 21 baubedingt erforderlichen Einschränkungen des Bahnbetriebes, insbesondere bei der S-Bahn, berichten möge.

Einschätzung durch die Verwaltung

Eine seriöse Prognose zu Zeitpunkt und Dauer künftiger Baumaßnahmen mit einer Detaillierung, die über die Unterlagen eines Planfeststellungsverfahrens hinaus geht, ist für einen Zeithorizont, der weiter als zwei bis drei Jahre reicht, nicht möglich und zielführend. Wie die aktuellen Beispiele des Planfeststellungsabschnitts 1.3b („Gäubahnführung“) oder des Umbaus der Rampe des S-Bahn-Tunnels am Hauptbahnhof (vgl. VA-313/2019, Kap. 2.2) zeigen, führen etwa Bündelung oder Teilung von Maßnahmen, äußere Einflüsse sowie geänderte Bauverfahren zu erheblichen Unwägbarkeiten bei längerfristigen Vorhersagen, zumal viele Maßnahmen, unabhängig ob für Stuttgart 21 oder im Rahmen der regulären Instandhaltung, einander bedingen oder ausschließen, so dass die gesamte Taktung aller Baumaßnahmen bei wesentlichen Änderungen angepasst werden muss.

Es muss davon ausgegangen werden, dass Art und Umfang der Bauarbeiten für Stuttgart 21 und zur regulären Instandhaltung auch in den kommenden Jahren für spürbare Beeinträchtigungen gegenüber dem regulären S-Bahn-Betrieb sorgen werden. Der Verband Region Stuttgart hält Investitionen in die Infrastruktur für unbedingt erforderlich, drängt aber in jeder Hinsicht auf eine möglichst „fahrgastfreundliche“ Durchführung der Arbeiten – angefangen bei entsprechenden Stellungnahmen in Planfeststellungsverfahren durch den Planungsausschuss bis hin zur Einforderung umfassender Fahrgastinformation von den Verkehrsunternehmen.

Die konkreten Planungen zu Baumaßnahmen und deren betrieblicher Abwicklung werden wie gewohnt zweimal jährlich in den Fahrplankonferenzen im Frühjahr und Herbst vorgestellt.

II. Beschlussvorschlag

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird für erledigt erklärt.